

Ehrensparier afghanischer Soldaten für abrückende Sowjets in Kabul: „Sie geben sich Mühe“

stimmen spontan, aber kaum unglücklicher, für eher nicht.

„Sie geben sich Mühe“ – das ist die positivste Einschätzung über das afghanische Militär, zu der sich einfache russische Soldaten gerade noch verstehen mögen. Viele freilich machen keinen Hehl aus ihrer Vermutung, daß die afghanische Wehr ohne sowjetische Hilfe nicht lange standhalten werde. Ihre oft blutigen Soldaten erhalten kaum Sold, wirken lustlos und müde, sehen abgerissen aus und betteln die wenigen Touristen in Kabul ungeniert um ein Bakschisch an.

Die Jubelfeier für die aus Dschalalabad abgezogenen Sowjets beeindruckt vor allem durch ihren merkwürdigen Doppelcharakter: Offiziell ist Dank für den geleisteten Freundschaftsdienst angesagt, aber nicht wenige am Straßenrand aufgereichte Afghanen, Schulkinder wie Soldaten, machen durch unzweideutige Gesten deutlich, was sie wirklich meinen: Haut doch endlich ab. Auch das zum Kauf lockende „Ej, Towarischtsch“ der Basar-Jungen, für die Ausländer und Russe gleichbedeutend ist, scheint jetzt geringschätziger, schadenfroher als noch vor einem Jahr.

Die Sowjetsoldaten spüren die Veränderungen im Land und deuten sie als Undank oder Verrat – die bemüht-opportunistische Hinwendung des Partei- und Staatschefs Nadschibullah zum Islam beispielsweise, die vom Funktionärskorps der afghanischen Kommunisten inzwischen beflissen kopiert wird.

Immer mehr Freunde, berichtet die in Moskau ausgebildete Pädagogin Fatima,

die nach eigenem Bekenntnis „für die Errungenschaften der afghanischen Revolution durchs Feuer gehen“ würde, verkündeten-jetzt beiläufig: „Übrigens, wir beten wieder.“ Sie zuckt mit den Schultern, als ihr sowjetischer Freund Mischka ebenso empört wie naiv fragt: „Wie könnt ihr so etwas zulassen?“

Wie ernst es die Sowjets mit der Heimholung der Ihren aus diesem ihnen unverständlichen Land meinen, konnte in der vergangenen Woche jeder Kabul-Besucher erfahren, der seine Reise über Moskau fortsetzen wollte: Alle Aeroflot-Maschinen waren für sowjetische Zivilangestellte, Frauen und Kinder reserviert, die den sinkenden Bruderstaat als erste verließen.

Für den vorsorglichen Versuch, mit der nationalen Fluglinie Ariana über Delhi eher in die sowjetische Hauptstadt zurückzugelangen, mußten zunächst zwei Kilo Banknoten der Landeswährung erworben werden: Das Billett kostet 122 738 Afghani.

Und als drei würdige ältere Herren samt einem jugendlichen Assistenten den Geldberg nach 30 Minuten endlich durchgezählt haben, erkundigt sich der Chef-Kassierer höflich, wohin es denn gehen soll.

„Ach, nach Moskau“, gibt er dem Reisenden gütig mit auf den Weg: „Dann sagen Sie denen dort doch bitte, sie sollen nicht wiederkommen.“

„Die Afghanen sind kriegsmüde“

SPIEGEL-Interview mit dem afghanischen Staats- und Parteichef Nadschibullah

SPIEGEL: Herr Präsident, wir waren heute Zeugen, wie Sie die erste Kolonne sowjetischer Truppen in Richtung Heimat verabschiedeten. Sind Sie zuversichtlich, daß Sie in neun Monaten, wenn laut Genfer Vertrag die letzten russischen Kampfseinheiten Ihr Land verlassen haben, immer noch Präsident dieser Republik Afghanistan sein werden?

NADSCHIBULLAH: Die Politik der nationalen Aussöhnung, die wir in Af-

ghanistan betreiben, wird von allen Teilen der Bevölkerung getragen, auch von Flüchtlingen, selbst in den Reihen der bewaffneten Opposition und schließlich von der internationalen Öffentlichkeit. Das gibt uns die nötige Zuversicht und wird auch die Garantie für unseren Erfolg sein.

Diejenigen, die mit dem Brudermorden weitermachen wollen, stellen sich klar gegen den Willen des afghanischen Volkes. Die Afghanen sind kriegsmüde, sie wollen den Frieden. Und ich bin sicher, daß die Friedenspolitik gewinnen wird.

Das Interview führte SPIEGEL-Redakteur Siegfried Kogelfranz.

SPIEGEL: Die meisten Führer der Mudschahidin haben aber gesagt, sie wollten weiterkämpfen, bis die Regierung in Kabul verschwindet und sie selbst die Macht übernommen hätten. Kann denn Ihre Armee dieser Bedrohung widerstehen, wenn selbst die Sowjet-Union, eine der beiden stärksten Militärmächte der Welt, auf diesem Schlachtfeld keinen Sieg erringen konnte?

NADSCHIBULLAH: Ich kann mit Bestimmtheit sagen, daß die afghanischen Streitkräfte in der Lage sind, allen Angriffen gegen das friedliche Zusammenleben des afghanischen Volkes wirksam zu begegnen. Voraussetzung ist allerdings, daß die bewaffneten Einmischungen von außen aufhören.

SPIEGEL: Die Opposition greift nicht nur mit Waffen an, sie geht jetzt auch politisch in die Offensive. Die Führer der Mudschahidin haben bereits eine Exilregierung gebildet. Was wollen Sie dagegen unternehmen?

NADSCHIBULLAH: Ich glaube im Gegenteil, daß die Opposition sich auf nationaler wie internationaler Ebene immer mehr isoliert und einem Selbstmord entgegenreibt. Wir hatten hier in Kabul eine Loja Dschirga, einen Rat der Ältesten, der die neue Verfassung verabschiedete. Wir haben eine breite Koalitionsregierung proklamiert. Wir hatten Parlamentswahlen, an denen sich jeder beteiligen konnte. Die Verfassung erlaubt es jedermann, von seinen politischen und gesellschaftlichen Rechten vollen Gebrauch zu machen.

Alle anderen sogenannten Regierungen sind für uns rechtlich bedeutungslos. Außerdem haben wohl auch die westlichen Länder mit einer solchen Exilregierung nicht sehr viel Freude.

SPIEGEL: Sie meinen, weil Exilregierungen erfahrungsgemäß oft Exilregierungen bleiben?

NADSCHIBULLAH: Ja, das hat die Geschichte oft genug gezeigt.

SPIEGEL: Haben Sie auch die Führer des Widerstandes zur Teilnahme an Ihrer geplanten Koalitionsregierung eingeladen?

NADSCHIBULLAH: Selbstverständlich, das haben wir stets deutlich genug klargemacht.

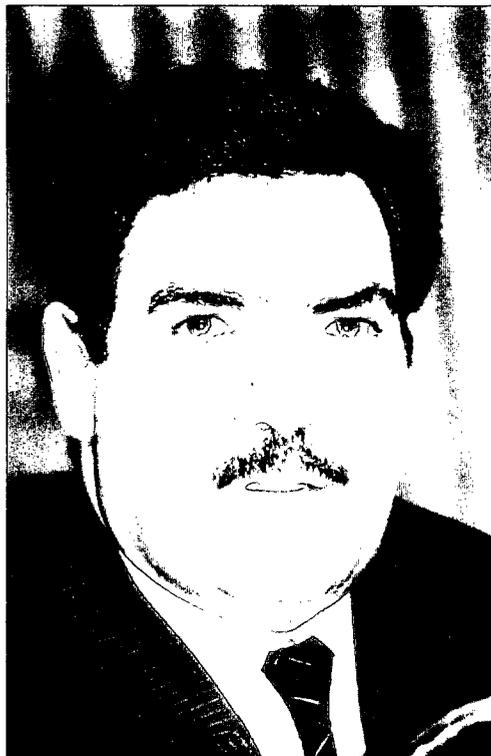
SPIEGEL: Die Reaktion war bisher negativ, kann sich denn der Präsident Nadschibullah als Minister etwa einen Gulbuddin Hekmatjar vorstellen, den extremsten Führer der Mudschahidin im Exil?

NADSCHIBULLAH: Wir haben, wie schon gesagt, alle bekannten politischen Persönlichkeiten, ob sie im Land oder im Ausland leben, eingeladen, sich an einer

breiten Koalitionsregierung zu beteiligen und so ihren Beitrag für die Sicherheit sowie den Frieden im Lande zu leisten.

SPIEGEL: Was verspricht sich denn die Regierung von der Einladung an den Ex-König Sahir Schah, aus seinem römischen Exil zurückzukehren?

NADSCHIBULLAH: In unserer Gesellschaftsordnung mit einem Mehrparteiensystem, einer gemischten Wirtschaft und einer Koalition verschiedener Kräfte ist jeder willkommen, der einen Beitrag zur Festigung der nationalen Sicherheit leisten kann, auch Sahir Schah.



Präsident Nadschibullah
„Den Glauben des Volkes respektieren“

SPIEGEL: Ist für den Ex-König eine besondere Funktion vorgesehen?

NADSCHIBULLAH: Wenn der ehemalige König daran interessiert ist, dem Volk zu dienen, kann er eine bedeutende politische und gesellschaftliche Position einnehmen, auch eine wichtige moralische Rolle spielen.

SPIEGEL: War das Echo auf die Einladung zu einer Koalitionsregierung bei den inländischen Führern der Opposition freundlicher als beim Widerstand im Exil?

NADSCHIBULLAH: Wir unterscheiden sehr wohl zwischen Oppositionellen und Oppositionellen, ob sie nun im Land oder im Ausland wirken. Es gibt unter ihnen Extremisten und Gemäßigte. Der gemäßigte Teil der Opposition im Ausland und ein bedeutender Teil der bewaffneten Opposition im Land sind durchaus bereit, sich an

dem Prozeß der Aussöhnung zu beteiligen.

SPIEGEL: In ihrem Bemühen um eine solche Aussöhnung ist die Regierung den Kräften des Islam am weitesten entgegengeworfen. Hat dies denn im Lande eine breite Resonanz gefunden?

NADSCHIBULLAH: Alles, was wir tun, liegt im Sinn des moslemischen Volkes Afghanistans. Wir akzeptieren und respektieren die religiösen Überzeugungen des Volkes. Die Anerkennung der Rolle der geistlichen Würdenträger wurde in der Bevölkerung mit Genugtuung aufgenommen.

SPIEGEL: Aber verunsichert eine solche Haltung nicht viele Mitglieder Ihrer Partei, die mit dem Islam nicht so viel im Sinn haben?

NADSCHIBULLAH: So gesehen war und ist die Demokratische Volkspartei Afghanistans nie eine marxistisch-leninistische Partei, sondern immer eine Partei, die den Glauben des Volkes respektiert.

SPIEGEL: Was empfindet denn der Präsident Nadschibullah, wenn er vor aller Öffentlichkeit in der Moschee betet?

NADSCHIBULLAH: Das, was ein Moslem empfindet.

SPIEGEL: Drei Millionen Afghanen leben als Flüchtlinge in Pakistan, angeblich noch einmal zwei Millionen im Iran. Was wird konkret getan, sie zurückzubringen, mit wie vielen Rückkehrern rechnen Sie in den kommenden Monaten?

NADSCHIBULLAH: Erst einmal möchte ich die von Ihnen genannten Zahlen anzweifeln. Es sind viel weniger. Pakistan hat sich im Genfer Vertrag verpflichtet, alle nötigen Maßnahmen zu ergreifen, um eine Rückführung der Flüchtlinge zu ermöglichen. Und wir haben alle nötigen Vorbereitungen für eine Heimkehr der Flüchtlinge getroffen. Wir hoffen, noch im laufenden Jahr eine Million Heimkehrer aufnehmen zu können.

SPIEGEL: Sie selbst haben erst vor wenigen Tagen gesagt, die Aufnahme von einer Million Rückwanderer würde 30 Milliarden Afghani (über 1 Milliarde Mark) kosten. Wer soll das bezahlen? Haben Sie schon konkrete Hilfszusagen aus dem Ausland?

NADSCHIBULLAH: Diese Gelder werden für eine Überbrückungshilfe gebraucht, bis die Heimkehrer wieder angesiedelt sind und ihrer normalen Arbeit nachgehen können. Die befreundeten sozialistischen Staaten haben uns für diese Aufgabe bereits umfassende Hilfe zugesagt. Helfen werden auch das Hochkommissariat für Flüchtlinge der Vereinten Nationen und andere internationale Organisationen. Auch Indien, wo ich vor kurzem zu Besuch war, hat Beistand zugesagt. Insbesondere sind aber, wie

ich meine, alle jene Länder, die sich stets eifrig für die Menschenrechte einsetzen, jetzt gefordert, hier ein Beispiel für Humanität zu geben.

SPIEGEL: Der Westen hat bisher hauptsächlich den Flüchtlingen in pakistanischen Lagern geholfen. Stehen diese Gelder in Ihren Augen Afghanistan zu, wenn es die Flüchtlinge wieder aufnimmt?

NADSCHIBULLAH: Wenn man die Menschenrechte ernst nähme, hätten diese Flüchtlinge, die in der Emigration so viele Leiden erdulden mußten, in der Tat Anspruch auf die Hilfe dieser Länder und aller einschlägigen Organisationen.

Garantiemächte unterschrieben. Moskau hat jetzt konkret begonnen, seine Verpflichtungen zu erfüllen, es zieht seine Truppen ab. Was erwarten Sie von Washington als Garantiemacht des Vertrages überhaupt?

NADSCHIBULLAH: Die USA haben in Genf unterschrieben, sich nicht mehr in die inneren Angelegenheiten Afghanistans einzumischen. Wir erwarten, daß die USA als Großmacht wie auch als Mitglied des Uno-Sicherheitsrates diese Verpflichtung tatsächlich einhalten.

Es wäre sehr bedauerlich, wenn die Amerikaner mit einer Hand in Genf diese Verpflichtung unterschrieben, mit

wehrraketen, Mörser und Raketen mit großer Reichweite, geliefert haben.

SPIEGEL: Sie haben wiederholt Ihr Interesse an besseren Beziehungen zu den westlichen Ländern betont. Gab es darauf schon irgendein Echo?

NADSCHIBULLAH: Wir wünschen gute Beziehungen auf der Basis der Gleichberechtigung und der Anerkennung gegenseitiger Interessen mit allen Ländern. Es gab schon Fortschritte, aber besonders sind wir an einer Verbesserung unserer Beziehungen zu den Vereinigten Staaten interessiert.

SPIEGEL: Die Beziehungen zwischen Afghanistan und Deutschland waren viele Jahrzehnte traditionell gut, aber jetzt scheint das Verhältnis zwischen Kabul und Bonn gestört. Sehen Sie eine Möglichkeit, es zu verbessern?

NADSCHIBULLAH: Es wäre gut, wenn wir die Tradition der letzten Jahrzehnte wiederaufnehmen könnten. Übermitteln Sie dem Volk der Bundesrepublik meine besten Wünsche. Es besteht die Hoffnung – und wir sind auch daran interessiert –, daß die Beziehungen zwischen den beiden Ländern und den beiden Völkern weiterentwickelt und vertieft werden.

SPIEGEL: Es gibt immer wieder Gerüchte, daß die Nordprovinz Afghanistans sozusagen als letzte Bastion Ihres Regimes gehalten werden soll, falls die Lage im Lande sich verschlimmert. Was ist daran?

NADSCHIBULLAH: Solche Gerüchte, an denen absolut nichts Wahres ist, entstanden, weil wir in den Nordprovinzen, aus denen etwa die Hälfte unseres Sozialprodukts kommt, einen eigenen Bevollmächtigten des Ministerrats eingesetzt haben.

SPIEGEL: Als Sie heute die sowjetische Kolonne verabschiedeten, welche Gedanken hatten Sie da? Sind Sie glücklich über den Abzug der Verbände, oder bedauern Sie ihn?

NADSCHIBULLAH: Wir haben gemeinsam mit der Sowjet-Union sehr große Anstrengungen unternommen, um die Probleme in und um Afghanistan zu lösen. Wie Sie sehen, hat unsere flexible und rationale Politik diesen Abzug ermöglicht. Wenn das zum Frieden führt, sind wir darüber glücklich.



Rekrutenausbildung in Kabul: „Allen Angriffen wirksam begegnen“

SPIEGEL: Der Iran war bei den Friedensverhandlungen in Genf nicht dabei, mit diesem Nachbarn im Westen gibt es noch gar keine Vereinbarung über das Schicksal der Flüchtlinge. Haben Sie darüber zweiseitige Gespräche vor – Sie selbst waren ja einmal Botschafter in Teheran?

NADSCHIBULLAH: Wir haben schon mehrmals versucht, die bilateralen Beziehungen und auch diese Problematik mit den offiziellen Stellen des Iran zu erörtern. Leider haben wir auf unsere Bemühungen nie eine positive Antwort erhalten. Wir bedauern dies, aber unsere Vorschläge gelten weiter.

SPIEGEL: Beide Supermächte, die Sowjet-Union wie die Vereinigten Staaten, haben das Genfer Abkommen als

der anderen Hand aber weiterhin die Extremisten mit Waffen und anderen Hilfsleistungen unterstützten und sich damit auch künftig in die inneren Angelegenheiten Afghanistans einmischen.

Hier stellt sich die grundsätzliche Frage, welchen Stellenwert die Unterschrift unter einen solchen Vertrag haben soll. Wie soll sonst garantiert werden, daß wichtige internationale Verträge von den Unterzeichnern auch tatsächlich eingehalten werden?

SPIEGEL: Gibt es denn Anzeichen dafür, daß Washington sich nicht an den Genfer Vertrag halten könnte?

NADSCHIBULLAH: Wir verfügen über Informationen, daß die USA den Konterrevolutionären modernste Waffen, darunter Panzerabwehrraketen vom Typ „Milan“, neue „Stinger“-Flugab-